

Schwerpunkt Liechtenstein sagt Sechseläuten-Teilnahme ab

Kommentar Spielball der Parteipolitik



MICHAEL BENVENUTI

Die Regierung hat ihre Zusage zum Sechseläuten zurückgezogen. Ob die Regierung mit dem Verzicht nun Grösse gegenüber der Bevölkerung gezeigt hat oder sich im Gegenteil fälschlicherweise vom Pulverdampf einiger selbst ernannter Marketingexperten beeinflussen liess, ist Interpretationssache. Fakt ist hingegen: Das Böögg-Theater wirft einmal mehr ein schiefes Licht auf die Bestrebungen, die Führung öffentlicher Unternehmen oder Stiftungen dem Einfluss der Politik und speziell der Parteien zu entziehen. Weil LKW, FMA oder Telecom in der Vergangenheit zu oft Spielball der Parteipolitik waren, schuf der Landtag das Öffentliche-Unternehmen-Steuerungs-Gesetz. Mit dem 2010 in Kraft getretenen ÖUSG sollten Führung, Kontrolle, Effizienz und Transparenz öffentlicher Unternehmen verbessert und diesen gleichzeitig mehr Kompetenzen zubilligt werden. Sollten, wohlgemerkt.

Politik biegt sich die Feigenblatt-Gesetze zurück
Denn trotz ÖUSG, Corporate Governance und Eignerstrategien nützt die Politik jede sich bietende Gelegenheit, die Unabhängigkeit öffentlicher Unternehmen auszuhebeln: Als die AHV im Herbst 2013 aus der PVS austreten wollte, wurde es ihr von der Landtagsmehrheit verboten. Die Unabhängigen unternahmen wiederum schon mehrere Anläufe, direkt in das operative Geschäft der LLB einzugreifen. Die Fragen, die sich stellen, sind: Kann sich die Politik endlich dazu durchringen, die von ihr erlassenen Gesetze auch dann zu akzeptieren und umzusetzen, wenn die daraus resultierenden Entscheide nicht den Vorstellungen einzelner Politiker entsprechen? Oder sollen ÖUSG und Corporate Governance weiterhin nur Feigenblatt-Gesetze darstellen? Sollte tatsächlich Letzteres der Fall sein, wäre es ehrlicher, das ÖUSG wieder abzuschaffen und das operative Geschäft der öffentlichen Unternehmen direkt in die Hände der (Partei-)Politik zu legen.

mbenvenuti@volksblatt.li

Web-TV

Einzigartiges Web-TV von VB Online:
Aktuelle Filmbeiträge zu Politik, Wirtschaft,
Sport und Kultur



Regierung zieht Zusage
für Sechseläuten zurück

www.rheinzeitung.ch



Unter grossem Medienrummel verkündete Regierungschef Adrian Hasler, dass Liechtenstein doch nicht am Sechseläuten 2015 teilnehmen wird: «Um erfolgreich in Zürich auftreten zu können, hätte es breiter Zustimmung bedurft.»
(Foto: Nils Vollmar)

«Regierung hat Grösse bewiesen»

Rückzug «Wir wollen dem Bürger ein klares Zeichen geben, dass die Regierung durchaus bereit ist, auf die Kritik der Bevölkerung einzugehen und Sachlagen neu zu beurteilen», begründet Regierungschef Hasler die Rücknahme des Böögg-Entscheids.

VON MICHAEL BENVENUTI

«Volksblatt»: Am 8. April hatte sich die Regierung dazu entschieden, beim Zürcher Sechseläuten 2015 als Gastland teilzunehmen. Am Dienstag ist der Entscheid gegen dieses Vorhaben gefallen. Begründet die Regierung dieses Vorgehen darin, sich den kritischen Stimmen des Volkes anzunehmen, oder hatte möglicherweise die gross lancierte Kampagne einer Parteizeitung damit zu tun?
Adrian Hasler: Wir haben die massive Kritik aus der Bevölkerung auf breiter Front wahrgenommen. Auch der Landtag hat die klare Rückmeldung gegeben, dringend von diesem Vorhaben abzusehen. Ebenso hat die Regierung aus der Wirtschaft, den Gemeinden und Vereinen keinen Rückhalt erfahren. Es macht keinen Sinn, ein solches Projekt ohne die notwendige Unterstützung durchzuführen. Um erfolgreich in Zürich auftreten zu können, hätte es breiter Zustimmung bedurft. Wir müssen die Bevölkerung hinter uns wissen, ansonsten ist eine Teilnahme einfach zum Scheitern verurteilt.

Der unabhängige Abgeordnete Peter Wächter meinte im Landtag, die Sau sei bereits durchs Dorf, die Aufregung rund um das Sechseläuten werde bald vom nächsten Problem abgelöst. Hätte die Regierung diese Aufregung nicht einfach aussitzen können?
Grundsätzlich wäre dies schon möglich gewesen. Für uns waren bei der Entscheidung gegen die Teilnahme aber die laufenden Sparmassnahmen ein wichtiger Aspekt. Hätte die Regierung stur ihr Vorhaben durchgesetzt, müsste man sich in Zukunft andauernd mit den gleichen Aussagen auseinandersetzen: Nämlich, dass auf der einen Seite gespart und der Bürger belastet wird und auf der anderen Seite eine halbe Million Franken für Präsentationszwecke aufgewendet werden. Dieses Risiko wollten wir nicht eingehen. Wir wollen dem Bürger ein klares Zeichen geben, dass die Regierung durchaus bereit ist, auf die Kritik der Bevölke-

rung einzugehen, Sachlagen neu zu beurteilen und Entscheide gegebenenfalls zurückzuziehen. Mit der Absage der Sechseläuten-Teilnahme hat die Regierung Grösse bewiesen und die Verantwortung für eine falsche Beurteilung der Sachlage übernommen. Es ist jetzt für mich viel wichtiger, die noch anstehenden Sparmassnahmen umzusetzen - die will ich nicht gefährden. Für eine Teilnahme ist es ganz einfach der falsche Zeitpunkt.
Das soll also heissen, wenn sich die Lage in Liechtenstein wieder beruhigt hat und die finanziellen Kapazitäten vorhanden sind, würde eine erneute Einladung des Kantons Zürich positiv beantwortet werden? Ich habe signalisiert, dass ich das Sechseläuten für eine hervorragende Gelegenheit halte, um Liechtenstein nach aussen zu präsentieren. Wenn wir durch erfolgreiche Sparbemühungen wieder Raum für solche Ausgaben schaffen können, ist

eine zukünftige Teilnahme durchaus in Erwägung zu ziehen. Warum denn nicht?
Die Sechseläuten-Absage reiht sich in diverse gescheiterte Massnahmen ein, was Liechtensteins Imageerwerb betrifft. Muss hier nochmals über die Bücher gegangen oder die Aufgabe gar an externe Organisationen weitergegeben werden?
Ich denke, es wäre in diesem Fall ungerechtfertigt, Liechtenstein Marketing in die Verantwortung zu ziehen. Die Entscheidung ist von der Regierung gefällt worden. Liechtenstein Marketing hat eine Beurteilung abgegeben und ist zum Schluss gekommen, die Teilnahme am Anlass zu empfehlen. Daher wurde Liechtenstein Marketing der Auftrag erteilt, das Ganze umzusetzen, was mit der Organisation als solche allerdings nichts zu tun hat. Irgendjemand hätte das Projekt so oder so in die Hand nehmen müssen.

Das vollständige Interview finden Sie im Media Center unter www.volksblatt.li.

«Für eine Teilnahme in Zürich ist es ganz einfach der falsche Zeitpunkt.»

ADRIAN HASLER
REGIERUNGSCHEF

«Seltsame Winkelzüge»

VU und FBP loben Regierung, Unabhängige kritisieren VU

VADUZ Nachdem der Landtag ein klares Stimmungsbild gegen die Teilnahme abgegeben habe, sei die Absage der Regierung die logische und richtige Konsequenz, betonte FBP-Fraktionssprecherin Christine Wohlwend. Die sachlich vorgebrachten Argumente für eine Teilnahme seien zwar gut begründbar, jedoch fehle die nötige innenpolitische Unterstützung. «Die Regierung hat mit ihrer Absage Grösse gegenüber der Bevölkerung gezeigt und gleichzeitig auch den Zürcher Zünften durch ihre schnelle Reaktion fair die Möglichkeit eingeräumt, eine Alternative zu finden», lobte Wohlwend das Vorgehen der Regierung.
Auch Christoph Wenaweser begrüsst den Entscheid der Regierung: «Sie hat sich einer sachlichen Debatte im Landtag gestellt, ihre Schlüsse gezogen und die für sie gewiss nicht leichte Entscheidung getroffen, auf ihren ursprünglichen Beschluss zurückzukommen.» Mit dem wohl begründeten und nachvollziehbar dargelegten Beschluss dürfte die Regierung nicht nur im Land, sondern auch in Zürich auf Akzeptanz und Respekt stossen, zeigt sich der VU-Fraktionssprecher überzeugt.

DU-Chef Harry Quaderer sparte hingegen nicht mit Kritik: «Hätte die Regierung die Hausaufgaben von Anfang an gemacht, wäre es nicht so weit gekommen. Sich im Nachhinein auf die ablehnende Haltung des Volkes und des Landtags zu stützen, zeugt weder von Volksnähe noch von Haltung.» Die Haltung, die man von der Regierung hätte erwarten werden können, sei von der VU torpediert worden, prangerte Quaderer an. Für ihn stelle sich die Frage, welches Spiel der kleine Koalitionspartner spiele. Er finde es zwar richtig, das Liechtenstein die Teilnahme am Sechseläuten abgesagt hat: «Aber die Winkelzüge der VU im Hintergrund haben weder der Regierung noch unserem Land gutgetan.»

Absage spart kein Geld

Gelassen nahm die FL die Absage zur Kenntnis. Die Regierung habe schliesslich nichts anderes getan, als die operative Entscheidungskompetenz wahrgenommen, erklärte Fraktionssprecherin Helen Konzett Bargetze. Überdies gebe es durch den Rückzug keinen Spareffekt, genauso wenig wie es bei einer Teilnahme Zusatzausgaben gegeben hätte. (mb)



DU-Chef Harry Quaderer lässt kein gutes Haar an seiner früheren Partei, dem kleinen Koalitionspartner VU. (Foto: MZ)

ANZEIGE



REGIERUNG
DES FÜRSTENTUMS LIECHTENSTEIN

INFORMATIONSVORANSTALTUNG
der Regierung zum Thema

Sanierung der Pensionsversicherung des Staatspersonals

Es informiert Regierungschef Adrian Hasler

Datum: 15. Mai 2014
Ort: SAL Schaan, kleiner Saal
Zeit: 19:00 Uhr